

# MDL-NEWSLETTER

5/2022

**BERND KRÜCKEL MDL**  
Heinsberg, Geilenkirchen,  
Übach-Palenberg, Gangelt,  
Selkant, Waldfeucht

**THOMAS SCHNELLE MDL**  
Erkelenz, Hückelhoven,  
Wassenberg und Wegberg



**Für Heinsberg und NRW**  
**Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick (M.)**  
**mit Thomas Schnelle und Bernd Krückel**

# UMWELT-SCHECKS FÜR NRW

## Viele kleine Beiträge ergeben einen großen Beitrag zum Naturschutz

**D**er Landtag von Nordrhein-Westfalen hat auf Antrag der **Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN** beschlossen, Umwelt-Schecks einzuführen, um vor Ort Projekte für den Arten- und Naturschutz zu unterstützen. Dazu erklären unsere beiden Landtagsabgeordneten **Bernd Krückel und Thomas Schnelle**:



„Mit den Heimat-Schecks fördert das Land bereits vor Ort Projekte, die die Gemeinschaft stärker und das Quartier lebenswerter machen. Das Programm ist inzwischen ein Renner. Mit einer klei-

nen Finanzspritze von 2.000 Euro wird möglich gemacht, was für die Menschen ein großer Gewinn in ihrem Lebensumfeld ist. Wir haben vor der Wahl versprochen, dass wir dieses Erfolgsmodell ausweiten und auch ehrenamtliche Projekte für den Arten- und Naturschutz fördern wollen - und wir sind unserem Koalitionspartner dankbar, dass wir dieses Versprechen jetzt gemeinsam einlösen.

Mit den Umwelt-Schecks wollen wir Ideen, die es in unserem Land



reichlich gibt, Wirklichkeit werden lassen. Mit der Landesförderung können Privatleute, Initiativen sowie Bildungseinrichtungen zum Beispiel Wildblumenwiesen säen, Nistkästen und Insektenhotels bauen oder Bürgerwälder anlegen.

Ein Sprichwort besagt: ‚Viele kleine Leute, die an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.‘ Deshalb ist es uns ein Anliegen, diese kleinen Dinge zu unterstützen.“ ■



**Bernd Krückel MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 64  
F: 0211 884 33 19

E: [bernd.krueckel@landtag.nrw.de](mailto:bernd.krueckel@landtag.nrw.de)  
W: [bernd-krueckel.nrw](http://bernd-krueckel.nrw)



**Thomas Schnelle MdL**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 80  
F: 0211 884 33 20

E: [thomas.schnelle@landtag.nrw.de](mailto:thomas.schnelle@landtag.nrw.de)  
W: [thomas-schnelle.nrw](http://thomas-schnelle.nrw)

### Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 16. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf [www.thomas-schnelle.nrw](http://www.thomas-schnelle.nrw) unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemalt.

# ENERGIEKRISE

## Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen

**R**egierungschef Hendrik Wüst hat den Landtag über die Beschlüsse der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) unterrichtet und einen Ausblick gegeben auf die anstehenden Bund-Länder-Gespräche zu Entlastungen gegen steigende Energiepreise. Dazu der CDU-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schick:

*„Immer mehr Leute fragen sich, wie sie ordentlich über den Winter kommen sollen. Massive Kostensteigerungen werden zu einer Bedrohung für Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit. In dieser Situation kommt es drauf an, dass Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen. Der Beschluss der Länder ist geeignet, unser Land gut durch Herbst und Winter zu bringen. Das ist der Erfolg von Ministerpräsident Hendrik Wüst als Vorsitzendem der MPK. Das wichtigste Instrument: Eine Energiepreisbremse für Strom, Gas und Wärme. Gestern hat die Ampel in Berlin nachgezogen: Die Energiepreisbremse soll kommen. Ich kann nur hoffen, dass sie mehr Wumms hat als der Bumms der viel zitierten Bazooka.“*

*Aber es braucht weitere Maßnahmen, um die Energiekrise in den Griff zu kriegen. Vier Punkte, die alle Bundesländer einstimmig beschlossen haben: Die stark steigenden Kosten der Krankenhäuser und Universitätskliniken müssen vom Bund aufgefangen werden.*



Symbolbild. Foto: Christiane Lang

*Die Länder fordern eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den Ausbau des ÖPNV-Angebots. Ein kostengünstiges Ticket hilft niemandem, wenn der Bus überhaupt nicht fährt. Der Bund muss sich zudem stärker an der Finanzierung der Flüchtlingskosten beteiligen und darf die Kommunen nicht darauf sitzen lassen. Und auch Menschen mit kleinsten Einkommen müssen sich eine warme Wohnung leisten können. Der Bund muss daher die Kosten für das Wohngeld komplett übernehmen. Ich begrüße sehr, dass auch bei diesen vier Punkten eine Übereinkunft aller Länderchefs, egal welcher Partei, erzielt werden konnte.*

*Für die CDU ist ganz klar, dass wir uns an den Entlastungen des Bundes beteiligen werden. Und wir müssen auch eigene Entlastungen auf den Weg bringen für Kindergärten, Schulen, Universitäten, Sportvereine, Kultur. Dafür benötigen wir ausreichenden finanziellen Spielraum. Deshalb brauchen wir eine faire Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Auch das ist eine parteiübergreifende gemeinsame Position aller 16 Länder-Chefs. Der Bundeskanzler hat jetzt die Chance, die Vorlage am kommenden Dienstag zu verwandeln. Dafür braucht er keine Bazooka und keinen Doppelwumms.“ ■*

# PLANUNGSSICHERHEIT

## Träger der Weiterbildung müssen umsatzsteuerbefreit bleiben

**D**er Landtag NRW hat auf Antrag der **Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN** die Landesregierung beauftragt, sich im Bund für eine Umsatzsteuerbefreiung der Volkshochschulen einzusetzen.

**Klaus Kaiser**, Bildungsexperte der CDU-Landtagsfraktion: „Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren eine Offensive für die Weiterbildung erlebt, an die wir nun nahtlos anknüpfen. Eine am Gemeinwohl orientierte Weiterbildung ist wichtige Voraussetzung für das lebenslange Lernen und ein Baustein gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen. Unsere 131 Volkshochschulen und die

vielen freien Träger der gemeinwohlorientierten Weiterbildung müssen auch künftig von der Umsatzsteuer befreit sein, denn sie sind gleichberechtigter Teil unseres Bildungssystems. Doch jetzt drängt die Zeit arg, wenn wir verhindern wollen, dass die Kursgebühren zu Beginn des kommenden Jahres stark steigen: Denn ab 2023 greift die kommunale Umsatzsteuerpflicht, die bei den freien Trägern und der VHS zu großen Unsicherheiten führt. Nordrhein-Westfalen setzt sich auf Antrag von CDU und GRÜNEN jetzt für Planungssicherheit bei den Trägern der gemeinwohlorientierten Weiterbildung an: Diese soll weiterhin von der Umsatzsteuer befreit sein.“

**Simon Rock**, finanzpolitischer Sprecher der GRÜNEN-Landtagsfraktion: „Von Sprach- und Integrationskursen über nachholende Schulabschlüsse und politische Bildung bis hin zu künstlerischen Workshops – das Angebot der Volkshochschulen und anderer Träger der gemeinwohlorientierten Weiterbildung leistet einen wichtigen Beitrag zum lebensbegleitenden Lernen und zur sozialen Teilhabe. Die Teilnahme darf daher nicht vom Geldbeutel der Menschen abhängen, sondern muss für alle Interessierten erschwinglich sein.“

Eine Umsatzsteuerpflicht würde zwangsläufig die Kursgebühren erhöhen. Deshalb wollen wir, dass die gemeinwohlorientierte Weiterbildung davon befreit bleibt. Da sich auch die Ampel-Koalition in ihrem Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen hat, sollte die Bundesregierung zeitnah für eine rechtssichere Lösung sorgen.“ ■



Symbolbild.

Foto: Markus Schwarz.

# SPRACH-KITAS

## Frühkindliche Sprachförderung muss erhalten bleiben

**D**er Landtag hat über die Zukunft der Sprach-Kitas in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Der Bund hatte überraschend und mit kurzem Vorlauf angekündigt, die Mittel ab Januar 2023 zu streichen. Für NRW fehlen dann knapp 50 Millionen Euro für die Fachkräfte zur Sprachförderung.

**Charlotte Quik**, Familienpolitikerin und Sprecherin für Kinderschutz der CDU-Landtagsfraktion:

„Die Sprach-Kitas sind ein echter Integrationsmotor für unser Land. Fast jede achte Kindertagesstätte in Deutschland ist inzwischen Sprach-Kita, das ist ein wichtiger Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in der gesamten Republik. Deshalb war es ein richtiges Zeichen, dass die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Weiterentwicklung und Verstetigung des Sprach-Kita-Programms vereinbart hatte. Jetzt ist von heute auf morgen keine Rede mehr davon und die Mittel für die frühkindliche Sprachförderung werden mit einer Frist eingestampft, die den Bundesländern eine Suche nach

eigenen Lösungen praktisch unmöglich macht. NRW zahlt bereits 100 Millionen Euro für die Sprachförderung in Kitas jedes Jahr. Jetzt ist Berlin gefragt, mindestens eine faire Übergangslösung zu finden, damit wichtige verdiente Fachkräfte nicht auf der Straße landen.“

desprogramm Sprach-Kitas setzt genau dort an und ist ein wichtiger Beitrag für Chancengerechtigkeit. Dass nun die Bundesregierung so plötzlich entschieden hat, das wichtige Förderprogramm zum Ende des Jahres beenden zu wollen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Es ist gut, dass die Landes-

regierung im Gespräch mit der Bundesregierung an einer Lösung für eine Fortführung des Programms arbeitet. Wir brauchen eine Übergangsfinanzierung des Bundes bis mindestens zum Ende des aktuellen Kita-Jahrs.

Das Poltern gegen die Landesregierung durch SPD und FDP ist durchschaubar und hilft den Kitas nicht. Sowohl SPD als auch FDP sind Teil der Bundesregierung und zur Wahrheit gehört: Es war Bundesfinanzminister Lindner, der den Rotstift im Haushalt angesetzt hat, um die

Schuldenbremse zu halten. Und dabei kam dann das Bundesprogramm Sprach-Kitas unter die Räder. Es sollte auch im Interesse von SPD und FDP sein, den Weg der konstruktiven Zusammenarbeit zu gehen, statt nach politischer Profilierung zu suchen.“ ■



**Eileen Woestmann**, Sprecherin für Kinder und Familie der GRÜNEN-Landtagsfraktion:

„Die sprachliche Entwicklung in den ersten Lebensjahren ist entscheidend für spätere Lernerfolge und Bildungsbiografien. Das Bun-

# MEHR WALD FÖRDERN

## Wir unterstützen Waldbesitzer mit unkompliziertem Förderprogramm

**D**er NRW-Landtag hat die Landesregierung auf Antrag von CDU- und GRÜNEN Fraktion beauftragt, ein unkompliziertes und praxisorientiertes Förderprogramm für Forstbetriebsgemeinschaften aufzulegen. Dazu erklären Gregor Kaiser, Sprecher für Wald und Nachhaltigkeit der GRÜNEN Landtagsfraktion, und Jochen Ritter, Wald-Experte der CDU-Landtagsfraktion:

**Gregor Kaiser:** „NRW ist das Kleinprivatwaldland schlechthin, circa 63 Prozent der Waldfläche sind im privaten Besitz. Viele von den rund 150.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sind in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie beispielsweise Forstbetriebsgemeinschaften organisiert,

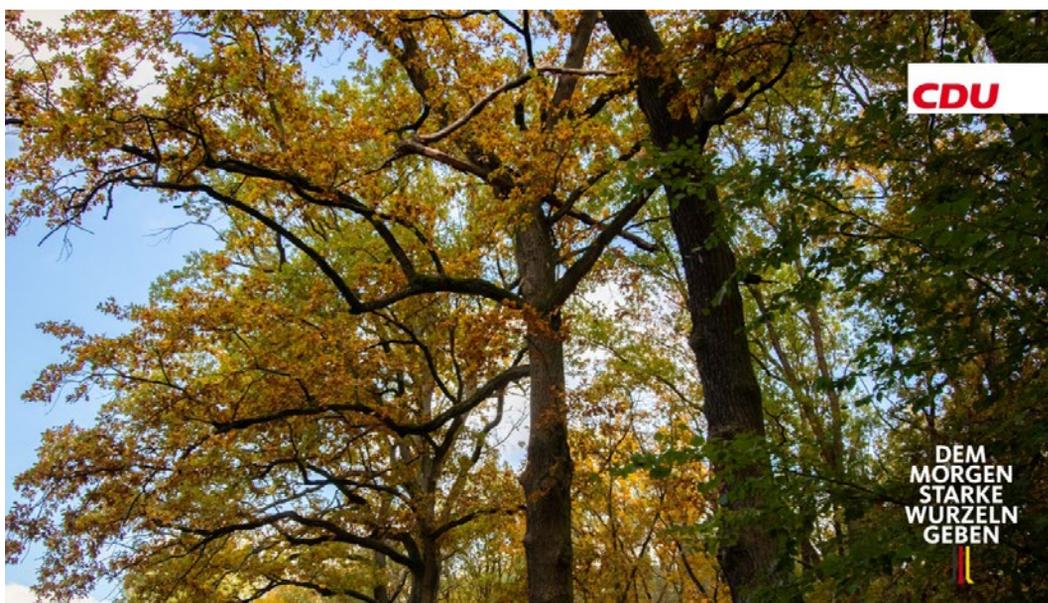
die fast ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement getragen werden. Doch die Waldbesitzenden stehen derzeit massiv unter Druck. Mehrere Dürrejahre, massive Schäden durch Borkenkäfer und Neustrukturierungen bei der Beförderung, die zu zusätzlichen Aufgaben führen, bringen sie an ihre Belastungsgrenzen.

Insbesondere das ehrenamtliche Engagement steht vor immer größeren Herausforderungen: Förderanträge, Abrechnungen, Ausschreibungen, Besteuerung. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse daher mit einem Sofortprogramm entlasten und unterstützen. Dadurch wollen wir die Zusammenschlüsse erhalten, ihre

Arbeitsfähigkeit fördern und versuchen, bei den Waldbesitzenden die Freude am Wald und Waldverwaltung zu erneuern.“

**Jochen Ritter:** „Die Waldbesitzerinnen und -besitzer in Nordrhein-Westfalen sind zur Bewältigung der Waldschäden in den vergangenen drei Jahren über die Extremwetterrichtlinie mit mehr als 100 Millionen Euro unterstützt worden. Allerdings bleiben die Folgen von Trockenheit und Schädlingsbefall herausfordernd. Deshalb haben wir den Zugang zu dem für 2022 mit 45 Millionen Euro gefüllten Fördertopf zu Beginn dieser Legislaturperiode vereinfacht. Zudem müssen sich die Waldbäuerinnen und -bauern im Hinblick auf Holzvermarktung und Beförderung organisatorisch neu aufstellen.“

Deshalb brauchen vor allem diejenigen, die nur kleine Flächen ihr Eigen nennen, Unterstützung – und zwar sowohl für ihr Engagement im Wald als auch am Schreibtisch. Die wollen wir den forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen auf möglichst einfache Art und Weise gewähren.“ ■



Symbolbild. Foto: Christiane Lang.

# 5G-NETZAUSBAU

## in NRW geht voran

Ministerin Neubaur:

Weißer Flecken bei LTE zügig beseitigen –  
Nutzerinnen und Nutzer brauchen verlässliche Netz-  
qualität

**N**ordrhein-Westfalen treibt den Netzausbau der 5. Mobilfunkgeneration voran: Mehr als 80 Prozent der Landesfläche werden nach aktuellen Berechnungen von IT.NRW aktuell durch mindestens einen Netzbetreiber mit 5G versorgt. Das entspricht einem Plus von 9,1 Prozentpunkten seit Januar 2022. Die LTE-Abdeckung liegt bei 97,9 Prozent – ein Plus von 0,2 Prozentpunkten. Die Mobilfunknetzbetreiber haben nach eigenen Angaben im ersten Halbjahr 2022 fast 1.900 5G-Erweiterungen installiert und die LTE-Versorgung mit mehr als 1.700 Ausbauprojekten verbessert. Eine Übersicht über die LTE- und 5G-Flächenversorgung auf Kreis- und Landesebene, die LTE- und 5G-Abdeckung pro Netzbetreiber sowie die Anzahl der seit Mitte 2021 neu errichteten Mobilfunk-Standorte und -Aufrüstungen zeigt das Mobilfunk-Dashboard [www.mobilfunk.nrw](http://www.mobilfunk.nrw).

**Wirtschaftsministerin Mona Neubaur:** „Nordrhein-Westfalen ist der führende Mobilfunkstandort in Deutschland. Alle Netzbetreiber, die großen Funkturmgesellschaften und Netzwerkausrüster haben hier einen Sitz. Unser klares Ziel ist es, bis Ende des Jahrzehnts allen Bürgerinnen und Bürgern, Un-

*ternehmen und Forschungseinrichtungen eine flächendeckende 5G-Versorgung anzubieten. Dazu sind wir mit den Netzbetreibern in einem intensiven Austausch. Wir werden die Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaftlichen Ausbau weiter verbessern. Gleichzeitig erwarten wir von den Mobilfunknetzbetreibern aber auch gezielte und verbindliche Ausbauanstrengungen für die LTE- und 5G-Versorgung. Vor allem die weißen Flecken bei der LTE-Versorgung müssen endlich beseitigt werden, damit alle Nutzerinnen und Nutzer eine verlässliche Netzqualität bei der Sprach- und Datenübertragung haben.“*

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt den Netzausbau durch die Förderung von Mobilfunkkoordinatorinnen und -koordinatoren vor Ort. Aktuell haben bereits 25 Kreise und kreisfreie Städte KoordinatorInnen eingesetzt oder die Förderung beantragt.

Details zur Mobilfunk-Versorgung in Nordrhein-Westfalen im Überblick:

- Insgesamt haben die Mobilfunknetzbetreiber die LTE-Versorgung im Land seit Sommer 2021 im Rahmen des Mobilfunkpaktes 2.0 mit

mehr als 370 LTE-Neubauten und gut 300 LTE-Umrüstungen verbessert. Zudem wurden über 3.400 LTE-Kapazitätserweiterungen installiert, die die stetig steigende Nachfrage nach mobilen Daten bedienen.

- Das 5G-Netz profitiert von knapp 3.400 5G-Erweiterungen.

- Seit Januar 2022 haben die Mobilfunknetzbetreiber insgesamt 68,2 Quadratkilometer weiße Flecken geschlossen, darunter LTE-Versorgungslücken in Brühl (Rhein-Erft-Kreis), Arnsberg (Hochsauerlandkreis) oder Weeze (Kreis Kleve). Im Rahmen der „Versorgungsaufgabe weiße Flecken“ aus der Frequenzauktion 2019 sind bis Ende 2022 insgesamt 48 unversorgte Gebiete in Nordrhein-Westfalen durch alle drei Mobilfunknetzbetreiber zu versorgen. Die Erfüllung der Auflage wird durch die Bundesnetzagentur sichergestellt.

- Laut Bundesnetzagentur sind noch 14,8 Prozent der Landesfläche sogenannte graue Flecken, also Gebiete, die von mindestens einem, aber nicht allen Netzbetreibern mit 4G oder 5G versorgt sind. Gut zwei Prozent der Landesfläche sind weiße Flecken, also gar nicht mit 4G oder 5G versorgt. Die Mobilfunknetzbetreiber haben angekündigt, bei der Schließung der grauen Flecken verstärkt zu kooperieren. ■

# KREISGYMNASIUM

## Zehn Schulen in NRW für ihre klimaan- gepassten Schulhöfe ausgezeichnet

Das Umweltministerium Nordrhein-Westfalen und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) helfen Schulen mit dem Projekt „Coole Schulhöfe für Nordrhein-Westfalen“, klimafit zu werden. Die Abschlussveranstaltung des Projektes fand am Humboldt-Gymnasium in Solingen statt.

Mit finanzieller Förderung des Umweltministeriums Nordrhein-Westfalen und der Begleitung durch die Deutschen Umwelthilfe (DUH) konnten in den vergangenen Monaten zehn Schulen in Nordrhein-Westfalen ihre Außengelände naturnah und klimafit gestalten.

Gemeinsam würdigen das Umweltministerium und die DUH alle zehn Projektschulen für ihre Erfolge bei der Umgestaltung ihrer Schulhöfe: „Die vergangenen Sommer mit Extremwetterereignissen in Form von Hitze, Trockenheit aber auch Starkregen und andauernden Regenfällen zeigen, dass der Klimawandel bei uns angekommen ist. Daher ist es zukünftig umso wichtiger, dass wir uns alle mit dem Thema Klimaanpassung beschäftigen.“

Mit dem Förderbaustein ‚Coole Schulhöfe‘ aus dem Sonderprogramm ‚Klimaresilienz in Kommunen‘ des Umweltministeriums wurden Maßnahmen zur Entsiegelung von Schulhöfen zugunsten der Schaffung von Grünflächen oder das Anlegen von Wegen mit was-

serdurchlässigen Belägen gefördert. Ich gratuliere allen Projektschulen und freue mich, dass sie sich auf vielfältige und kreative Weise mit den Themen Klimaanpassung und Nachhaltigkeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung beschäftigen und eine Vorreiterrolle für andere einnehmen“, sagte Umweltminister Oliver Krischer.

DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner: „Entsiegelte, grüne und schattenspendende Schulhöfe – alle zehn Schulen in Nordrhein-Westfalen haben in den letzten Monaten gezeigt, wie das gehen kann. Wir freuen uns sehr, dass wir sie auf ihrem Weg in Richtung Klimaanpassung und Zukunftsfähigkeit begleiten und unterstützen dürfen. Und das ist erst der Anfang! Nicht umsonst geht es heute darum, Ideen und Erfahrungen auszutauschen – für noch viele weitere ‚coole Schulhöfe‘ in NRW!“

Das sind die ausgezeichneten Schulen des Projektes „Coole Schulhöfe für Nordrhein-Westfalen“:

- Aldegrevier-Gymnasium Soest
- Einstein-Gymnasium Rheda-Wiedenbrück
- Gemeinschaftsgrundschule Alsdorf-Ofden
- Gesamtschule Lohmar
- Gymnasium Lohmar
- Humboldt-Gymnasium Solingen

- Konrad-Adenauer-Gymnasium Langenfeld
- Kreisgymnasium Heinsberg
- Mosaikschule Ennigerloh
- Städtisches Mataré-Gymnasium Meerbusch

In den Schulen wurden konkrete und praktische Maßnahmen zur Klimaanpassung direkt auf dem Schulhof umgesetzt. Die DUH hat die Schulen mit Workshops, fachlichem Input sowie Beratungs- und Vernetzungsangeboten begleitet. Nach Thüringen, Hessen und Brandenburg ist Nordrhein-Westfalen das vierte Bundesland, in dem ein Programm zur naturnahen und klimaresilienten Umgestaltung von Schulhöfen durchgeführt wird.

Die Umsetzung der Maßnahmen hat das Umweltministerium über das Sonderprogramm „Klimaresilienz in Kommunen“ gefördert. Dieses hat ein Volumen von 12,5 Millionen Euro und umfasst die Bausteine „Städte und Hitze“ (Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung und „coole“ öffentliche Räume) sowie „Klimaresiliente Schulen: Coole Schulhöfe“.

Gefördert werden hierüber vielfältige Maßnahmen zur Klimaanpassung in rund 110 Kommunen, darunter die Umgestaltung von Schulhöfen in 21 Kommunen. ■

# 100 TAGE IM AMT

## Zukunftskoalition CDU und GRÜNE

### • SCHULE

- Start des Stufenplans zur Erhöhung und Angleichung der Lehrkräftebesoldung im Einstiegsamt nach A13.
- Bereitstellung von 1000 zusätzlichen Lehrerinnen- und Lehrstellen zur Unterstützung der mehr als 35.000 ukrainischen Kinder in Nordrhein-Westfalen.

### • FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND BETREUUNG

- Mit der Verlängerung des Kita-Helfer-Programms stellt die Landesregierung sicher, dass Erzieherinnen und Erzieher mehr Raum für die pädagogische Arbeit erhalten, um so faire Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche zu stärken.
- Durch die Einrichtung einer Stabstelle für Fachkräftegewinnung im MKJFGFI startet die Landesregierung eine Fachkräfteoffensive, um noch mehr Menschen für einen Beruf in der frühkindlichen Bildung zu gewinnen.

### • KLIMANEUTRALE TRANSFORMATION UND ENERGIE

- Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 200 Millionen Euro in Klimaschutzmaßnahmen vor allem des Mittelstands.

- Start der Änderung des LEP zum schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Umsetzung des Wind-an-Land-Gesetzes.
- Nutzung der Länderöffnungsklausel im EEG, um den geförderten Zubau von Freiflächen-Photovoltaik auf Flächen in benachteiligten Gebieten zu erhöhen.

- Verabschiedung eines Letters of Intent, der Investitionen von ThyssenKrupp in die Herstellung von grünem Stahl in den kommenden Jahren mit einem mindestens mittleren dreistelligen Millionenbetrag absichern soll.

- Stärkung der Unabhängigkeit von russischen Energieimporten durch die mit Flandern und mit Belgien geschlossene Energiepartnerschaft (Infrastruktur soll in Zukunft auch den Bezug von grünem Wasserstoff ermöglichen).

### • PANDEMIEMANAGEMENT AN

#### SCHULE UND KITA

- Vorlage des „Handlungskonzepts Corona“ bereits zwei Wochen vor Schuljahresbeginn 2022/ 2023. Mit der Empfehlung zum Tragen einer Maske und anlassbezogenen Tests wird die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt.



NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst leitet die Zukunftskoalition CDU und Grüne.  
Foto: Tobias Koch.

# LAND

- Mit dem Entwurf einer Distanzunterrichtsverordnung werden der Distanzunterricht und das Handlungskonzept auf eine sichere Rechtsgrundlage gestellt.

- **SONDERPROGRAMM „CORONA VORSORGE 2022“**

- Sicherung des Präsenzunterrichts: Mit Mitteln aus dem Sonderprogramm können Betreuungs-, Schul- und Aufenthaltsräume in Kitas und Schulen mit CO2-Meldern ausgestattet werden.

- **KRANKENHAUSPLAN**

- Beginn der praktischen Umsetzung des Krankenhausplanes.

- Konsultationen zwischen Bezirksregierungen und Krankenkassen über regionale Planungskonzepte stehen bevor, um Klarheit über eine moderne Gesundheitsversorgung vor Ort zu schaffen.

- **HOCHWASSER- UND KATASTROPHENSCHUTZ**

- Gründung einer neuen Zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz.

- Einrichtung von 250 neuen Stellen in den Bereichen Katastrophenschutz, Energiewende und Hochwasserschutz.

- **WALDBRANDKONZEPT**

- Vorlage eines Waldbrandvorsorgekonzepts zur verbesserten Waldbrandvorsorge.

- **HITZEAKTIONSPLÄNE**

- Einrichtung eines neuen Förderangebots zur ressortübergreifenden Unterstützung der Kommunen durch das Land bei der Erstellung von kommunalen Hitzeaktionsplänen.

- **INNERE SICHERHEIT**

- Im Polizeibereich werden die Einstellungsermächtigungen nochmals um 400 auf dann 3.000 jährlich erhöht.

- Beginn des Studiengangs „Cyber Security Management“ von Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen.

- Digitale Polizeiwachen: Mit der Internetwache wird die Erstattung von Anzeigen und Abgabe von Hinweisen in den digitalen Raum getragen.

- Erarbeitung eines ersten Konzepts zur Gründung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität, das in den nächsten Wochen mit allen Beteiligten abgestimmt wird.

- **ÖFFENTLICHER WOHNRAUM**

- Öffentliche Wohnraumförderung 2021: Nach Baukostensteigerungen können nachträglich Mittel um 20 Prozent aufgestockt werden. ■

